

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2022											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	Bemerkungen
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2	
1	178	030 (1123)	Rechtsabteilung		+0,1 AK			+0,1 AK	+0,1 AK		<p>SPD: Aufstockung der 0,4 Stelle auf eine halbe Stelle in der Rechtsabteilung</p> <p>Linke: Rechtsabteilung: Ausweitung der aktuellen 40%-Stelle auf 50%. Sinnvolle Anpassung, um Personal langfristig binden zu können.</p> <p>Fraktion: Aufstockung von 0,4 auf 0,5 Stellen in der Rechtsabteilung. Um die Stelle in der Rechtsabteilung attraktiver zu gestalten und hohe Fluktuation in der Besetzung dieser Stelle zu vermeiden.</p>
2	211	31 (1221)	100% Stelle im FB Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung					-1 AK			<p>Linke: Statt 200% im HH-Plan-Entwurf nur 100%-Stellen im FB Bürgerdienste, Sicherheit und Ordnung. Die Schaffung einer 100%-Stelle ist ausreichend.</p>
3	213	33 (1222)	Klient*innen-Service in der Ausländerbehörde						+1 AK		<p>Fraktion: Ein Klient*innen-Service, der vor Ort Auskunft gibt, soll in der Ausländerbehörde eingerichtet werden. Der/die Beschäftigte an dieser Service-Stelle sollte nicht inhaltlich in die Anträge einsteigen, sondern insgesamt die Kommunikation der Klient*innen mit der Ausländerbehörde erleichtern. Dringende Situationen, welche z.B. durch eine lange Bearbeitungszeit der Anträge für die betroffenen Menschen entstehen, sollten durch den Klient*innen-Service an den/die zuständige Mitarbeiter*in der Ausländerbehörde kommuniziert werden. Auch sollte der Klient*innen-Service Einsicht in die Akte nehmen können, sowie die Befugnis haben, Termine vereinbaren zu dürfen (zusätzlich zu den online verfügbaren Terminen). Ziel dieser Maßnahme ist, den Klient*innen einen Einblick über den Stand der Bearbeitung ihrer Anträge zu ermöglichen und Transparenz in die Vorgänge der Verwaltung hineinzubringen. Mehr Personal an der Schnittstelle zur Öffentlichkeit bringt Wertschätzung gegenüber Menschen, die von den Ergebnissen der Tätigkeit dieser Behörde abhängig sind, zum Ausdruck.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Vgl. Antrag des Integrationsrates 812/2021.</p>
4	238	43 (2521)	Archivpädagogik		+1 AK			+1 AK			<p>SPD: Die aktuelle Stellenausstattung des Stadtarchivs ist unzureichend und ermöglicht keine archivpädagogische Arbeit; weitere Aufgabe: Unterstützung des Aufbaus eines Lernzentrums zum Nationalsozialismus.</p> <p>Linke: Zusätzliche Stelle Archivpädagogik: Das Archiv ist das Gedächtnis der Stadt Tübingen. Seine Funktion kann es nur mit ausreichender Ausstattung erfüllen</p>

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	Bemerkungen
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2	
5	247	41 (2720)	Medienpädagogik					+1 AK			Linke: Zusätzliche Stelle Medienpädagogik.
6	259	54 (2110)	Medientechniker	+0	+0	+0		+0		+0	<p>AL/Grüne: Entfristung von zwei Medientechnikerstellen Um die Stellen zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, ist es dringend notwendig diese im Jahr 2022 schnellstmöglich zu entfristen. Vgl. Antrag 813/2021</p> <p>SPD: Entfristung, Bedarf dauerhaft gegeben</p> <p>Tübinger Liste: Die 2 AK Medientechniker sind bei der Fachabteilung Schule und Sport angesiedelt. Die Stellen wurden für die Jahre 2021 und 2022 zunächst befristet für 2 Jahre bis 12/2022 geschaffen und mit einem kw-Vermerk versehen. Sie sind im HH 2022 etatisiert, es entstehen 2022 keine Mehrkosten. Um die Stellen zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, sollten diese schnellstmöglich mit diesem Haushalt entfristet werden.</p> <p>Linke: Medientechniker: Stellen entfristen: Dringender Bedarf in den Schulen.</p> <p>FDP: Die Stellen sind im Haushalt 2022 etatisiert, es entstehen durch den Wegfall der kw-Vermerke im Jahr 2022 keine Mehrkosten. Um die Stellen aber zu sichern und den Mitarbeitern eine Perspektive zu bieten, ist es dringend notwendig diese jetzt schnellstmöglich zu entfristen.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: Die zusätzlichen zwei AK wären dann im Stellenplan 2023 zu berücksichtigen.</p>
7	281	52 (3620)	Ein*e Kinderbeauftragte*r	+0,5 AK							<p>AL/Grüne: 50% Stelle ein*e Kinderbeauftragte*r. Das Übereinkommen der Kinderrechte basiert auf vier Grundprinzipien: dem Diskriminierungsverbot, dem Recht auf Leben und persönliche Entwicklung, dem Beteiligungsrecht und dem Kindeswohlvorrang. Zwar haben wir die Fachabteilung für Jugend und auch die Familienbeauftragte über die Eltern Kinder mit einbezogen, aber es gibt keine direkte Beteiligung der Kinder. Kinderbeauftragte vertreten die Interessen von Kindern. Sie planen, koordinieren und kontrollieren städtische Aktivitäten zur Erhöhung der Kinder- und Familienfreundlichkeit bzw. passen auf, dass die Stadt kinderfreundlich bleibt. Sie geben aber auch Impulse für einen kinder- und familienfreundlichen Wirtschaftsstandort oder stellen Bedürfnisanalysen von Kindern und Familien in der jeweiligen Stadt auf. Städtische Gremien werden in Kinderangelegenheiten beraten. Mit Verbänden und Institutionen, die in der Kinder- und Jugendarbeit tätig sind, wird zusammengearbeitet.</p> <p>Sprechstunden für Kinder, Jugendliche und Eltern werden von ihnen angeboten. Sowohl Kinder als auch Erwachsene können sich bei Problemen an sie wenden. Erwachsene erhalten auch Informationen, wie sie sich aktiv für mehr Kinderfreundlichkeit einsetzen können. Kinder werden beraten und anwaltschaftlich unterstützt.</p>

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2022											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	Bemerkungen
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2	
8	281	52 (3620)	Personalstelle Jugendbeteiligung					+1 AK			Linke: eine Personalstelle für Jugendbeteiligung. Die Interessen junger Menschen sollen bei Projekten besser eingebracht werden können.
9	281	54 (3620)	Schulsozialarbeitsstelle		+0,4 AK			+1 AK			SPD: Aufstockung Schulsozialarbeit: Mindestschlüssel an Gymnasien auf 1:700; an Gemeinschaftsschulen auf 1:400; Lösungsvariante 4.2 Vorlage 173/2022 (Schlüssel 1:275 an Grundschulen mit mehreren Standorten: Mehrkosten 18.920 Euro). Linke: Einrichtung einer zusätzlichen Stelle für Schulsozialarbeit. Dringender Bedarf. Die Schulsozialarbeit kann ihre Aufgaben mit dem derzeitigen Stellenumfang kaum erfüllen.
10	281	52 (3620)	Ganztagesangebot zwei Wochen für 9-12 Jahre	+0,25 AK							AL/Grüne: Für berufstätige Eltern sind die Ferien eine besondere Herausforderung, da sie selbst die Betreuung sicherstellen müssen. Vor allem für die großen Ferien.
11	284	53 (3650)	Ausbildungskoach: Begleitung der Azubis in Kitas und Schulsozialarbeit		+1 AK						SPD: Ziel: Attraktivierung der Ausbildungsgänge, Verringerung der Abbruchquote bei PIA-Auszubildenden, Erhöhung der Übergangquote in Festanstellung
12	311	501 (1114-50)	Etablierung präventiver Angebote für ältere Menschen im Programm Seniorenleben und Pflege			+0,5 AK					Tübinger Liste: Vor dem Hintergrund der steigenden Zahl pflegebedürftiger Menschen in Tübingen, des Fachkraftmangels in der Pflege und der baulichen Verzögerung der geplanten Pflegeeinrichtungen sind präventive Angebote für ältere Menschen zunehmend wichtig, da sie dazu beitragen, die Gesundheit zu erhalten und Pflegebedürftigkeit möglichst lange hinauszuzögern (siehe auch Vorlage 57/2022). Das Programm „Seniorenleben und Pflege“ ist mit der bisherigen Stellenkapazität völlig ausgelastet. Zusätzliche Ansätze, Projekte, Maßnahmen wären notwendig, können aber nicht angegangen werden. Darum beantragen wir in diesem Bereich eine zusätzliche 50%-Stelle, die diese präventiven Ansätze und Konzepte – in enger Vernetzung mit den umsetzenden Institutionen und Netzwerken auf den Weg bringt und begleitet. Dafür wären Personalmittel von 35.000 Euro im Jahr notwendig (für 2022 durch die späte Genehmigung des HHs der entsprechende Teilbetrag)
13	315	502 (3140)	Aufbau Clearing-Stelle; Im FB 50, FAB 502 Soziale Hilfen für Clearing und Wohnbegleitung zur Bekämpfung von Wohnungslosigkeit mit dem Ansatz Housing First.						+1 AK		Fraktion: Mit „housing first“ werden in mehreren europäischen Ländern gute Ergebnisse bei der dauerhaften Bekämpfung von Wohnungslosigkeit erzielt, bei gleichzeitiger Senkung der Kosten. Es bedeutet, dass die Menschen eine sichere, eigene Wohnung als ersten Schritt bekommen bei gleichzeitigen Therapie- und Unterstützungsangeboten, insbesondere nach dem Einzug in die eigene Wohnung. Diese Stelle soll für die Umsetzung von housing first zuständig sein, also für die Vermittlung einer Wohnung, sowie zuständig für Koordination von Therapie- und Unterstützungsangeboten an diese Menschen.

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2022

1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	Bemerkungen
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2	
14	319	503 (318010)	Integrationsmanagement (Hilfe für Geflüchtete)		+2 AK				+2 AK		<p>SPD: Umsetzung eines Stellenschlüssels von annähernd 1:100 (wie im Landkreis)</p> <p>Fraktion: Sachbearbeitung Integrationsmanagement in der Fachabteilung Hilfen für Geflüchtete. Der Fallschlüssel im städtischen Integrationsmanagement liegt aktuell mit 1:140 (11,2 AK bei 1.564 Personen) weit hinter dem Fallschlüssel des Integrationsmanagements im Landkreis von 1:100 (21,5 AK bei 2.156 Personen) zurück. Qualität und Leistungen der Stadt sollten nicht hinter dem Landkreis zurückstehen, da der Gemeinderat mit der Entscheidung zur Übernahme des IM eine mindestens gleichwertige Leistung erwartet. Dies erfordert Kapazitäten mindestens in annähernd vergleichbarem Bereich. Wir beantragen 4 Stellen, statt die von der Verwaltung vorgeschlagenen 2, um dem Fallschlüssel des Landkreises näher zu kommen</p>
15	320	501 (3680)	Koordination Gesundheitsvorsorge		+0,5 AK		+0,5 AK	+0,25 AK			<p>SPD: Umsetzung der Anforderungen aus dem Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk (Vorlage 57/2022 Lösungsvariante 4.1)</p> <p>CDU: Personelle Verstärkung zur Koordination der Aufgaben der Gesundheitsvorsorge im Rahmen eines Beitritts zum Gesunde Städte-Netzwerk</p> <p>Linke: Beitritt zum Gesunde Städte-Netzwerk mit 25%-Stelle zur Betreuung entsprechender Projekte. Gesundheitsförderung ist ein wichtiger Bestandteil kommunaler Daseinsvorsorge gerade im sozialen Bereich.</p>
16	344	021 (5220)	Verlängerung Optiwoh-Programm		+1 AK (mit Sperrvermerk)						SPD: Sperrvermerk: Bericht im Ausschuss über Programm
17	355	72 (5110-7)	Klimaschutzstellen					-4 AK			Linke: 4 neue Stellen zum Klimaschutz mit aktuell vorgesehener Aufgabenstellung nicht einrichten. (Vgl. Zeile 22)
18	359	74 (5470-7)	Verkehrsplaner			+1 AK					Tübinger Liste: Fortsetzung der Alternativenprüfung nach Bürgerentscheid zur Innenstadtstrecke. Zur Begründung vgl. Antrag im Ergebnishaushalt.
19	361	71 (5540)	Sachbearbeitung Baumschutz			+0,5 AK					<p>Tübinger Liste: Umsetzung Baumschutzsatzung ab 07/2022</p> <p>Zudem wird das Thema "Stadtgrün", das im Zuge der Anpassung der Stadt auf veränderte Klimaverhältnisse noch an Bedeutung gewinnt, aktuell in unserer Stadtverwaltung an vielen Stellen (u.a. in fast allen Fachbereichen des Dezernats 02) dispers betreut. Die bestehenden Abstimmungskreise sorgen für ein gewisses Maß an Gleichlauf und Gesamtsicht. Mittelfristig sollte aber wieder die kompetente Koordination und Initiative für das Thema Stadtgrün an einer Stelle vorgesehen werden. Mit der halben Stelle sollten auch die Überlegungen für eine solche Stelle, ihre Aufgaben und sinnvolle organisatorische Anbindung befördert werden.</p>

3. Änderungsanträge der Fraktionen zum Stellenplan 2022											
1	2	3	4	5	6	7	8	9	10	11	12
Zeile	Haushaltsplan-Seite	Organisations-einheit (Produktgruppe)	Bezeichnung	AL/Grüne	SPD	Tübinger Liste	CDU	Linke	Die FRAKTION - PARTEI, DiB, Huhn	FDP	Bemerkungen
				+14	+6	+6	+5	+4	+3	+2	
20	372	82 (1124-8)	Erhöhung Eigenreinigungsanteil um 10%	+7,5 AK	+7,5 AK			+7,5 AK	+5 AK		<p>AL/Grüne: Erhöhung des Eigenreinigungsanteils um 10 %. Gebäudereinigung 60 % städtisch 40 % Fremdvergabe. Der Tarif der Stadt ist besser und es ist eine Aufgabe der Stadt, die Personen müssen oft abends arbeiten das ist für viele in Teilzeit möglich.</p> <p>SPD: Umstellung Verhältnis Eigenreinigung zu Fremdreinigung auf 60:40</p> <p>Linke: Reinigungskräfte nach kommunalem Tarifvertrag bei der Stadt anstellen. Dass tarifvertragliche Mindeststandards eingehalten werden, kann nur wirklich gewährleistet werden, wenn Personal bei der Stadt angestellt ist. Beseitigung der Ungleichbehandlung des Reinigungspersonals.</p> <p>Fraktion: Abbau der Kapazitäten externer Reinigungsfirmen bei gleichzeitiger Neueinstellung von städtischen Reinigungskräften. Ungefähr die Hälfte der eingesetzten Reinigungskräfte sind bei der Stadt Tübingen angestellt, die andere Hälfte wird von Mitarbeiter*innen von externen Firmen durchgeführt. Die Mitarbeiter*innen der Stadt werden nach dem Tarifvertrag für den öffentlichen Dienst (TVöD) vergütet und haben dadurch vergleichsweise bessere Arbeitsbedingungen (die Löhne sind trotzdem niedrig und reichen häufig nicht zum Leben). In der Fremdreinigung erfolgt die Vergütung nach dem Tarifvertrag des Gebäudereinigerhandwerks (18% bis 70% niedrigerer Lohn als in TVöD und weniger bzw. keine Leistungszulagen). Außerdem wird die Tariftreue formal abgefragt, aber ihre Einhaltung nicht durch die Stadt kontrolliert.</p> <p>Die Arbeitsbedingungen von Gebäudereiniger*innen haben sich bundesweit durch die finanzielle Notlage der Kommunen und zunehmende Privatisierung verschlechtert: der Wettbewerb wird hauptsächlich über Personalkosten (Arbeitsverdichtung, Tarifunterschreitungen, geringfügige Beschäftigung, Mini Jobs, Zeitarbeit) ausgetragen. In der Innenreinigung arbeiten hauptsächlich geringfügig oder in Teilzeit Beschäftigte FLINTA, oft Migrantinnen.</p> <p>Wir stellen hiermit einen Antrag auf Erhöhung der Anteile der bei der Stadt Tübingen angestellten Reinigungskräfte.</p> <p>Hinweis der Verwaltung: 60% Eigenreinigung bedeutet Stellenbedarf von 7,5 AK.</p>
21	372	82 (1124-8)	Hausmeister Gesamtstellenumfang					+1 AK			Linke: Hausmeister: Gesamtstellenumfang moderat ausweiten. Dringender Bedarf in den Schulen, erweiterte Aufgaben durch Medien.
22	389	91 (5410)	Klimaschutzstellen					-1 AK			Linke: 1 neue Stelle zum Klimaschutz mit aktuell vorgesehener Aufgabenstellung nicht einrichten (Vgl. Zeile 17)
23	414	93 (5470-9)	Nahverkehrsplanung					+1 AK			Linke: 1 neue Stelle für Nahverkehrsplanung. Klima- und Umweltschutz: Zur Umsetzung des ticketfreien Nahverkehrs.